

... nach Art. 11 EWR-Abk. sind ...  
 ... die Handlungsbefugnisse ...  
 ... öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sicherheit, Gesundheit ...  
 ... von Menschen, Tieren oder Pflanzen, nationales Kulturgut und gewerbliche ...  
 ... nichtdiskriminierende Reaktionen sind ...  
 ... des Verständnisses, des Schutzes der ...  
 ... des Umweltschutzes und der wirksamen staatlichen Kontrolle

Arbeitsnehmerbürgerschaft (Art. 202 EWR-Abk.)

Auch im Bereich des freien Personenverkehrs entsprechen die Vorschriften des EWR-Abk. dem EG-Vertrag. Die Arbeitsnehmerbürgerschaft bezieht sich auf unabhängige Tätigkeit. Der Kampf der Mitgliedstaaten besteht in einem Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit. Anders gewendet unterliegen die EWR-Staaten dem Gebot, die Staatsangehörigen anderer EWR-Staaten gleich wie ihre eigenen Angehörigen zu behandeln. Im einzelnen haben EWR-Arbeitsnehmer das Recht, sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben, das Recht, zu gleichen Bedingungen wie inländische Bürger zu arbeiten und unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Familiennachzug. Die Arbeitsnehmerbürgerschaft steht unter den Vorbehalten der üblichen Ordnung (Art. 20 Abs. 3 EWR-Abk.) und der üblichen Gewalt (Art. 20 Abs. 4 EWR-Abk.). Die übliche Gewalt umfasst indes nicht alle der üblichen Verwaltung zugehörigen Stellen, sondern nur die Stellen, bei denen es um die Ausbung hoheitlicher Befugnisse und die Wahrnehmung der allgemeinen Belange des Staates geht (Bsp.: Polizei, Richter, nicht aber Lokomotivführer).

Lichtenstein muss das Gebot des Ausländerrechts, das Ausländer systematisch diskriminiert, im Verhaltis zu den EWR-Staaten revidieren. Es hat daher allerdings eine

Vgl. dazu Bismarck-Pionnen/Westman-Gilbert, 7. zur-Gasse des Linn-Prinzip auch oben, I. Kap. II. 4. 1. b.